

Beginn der Leipziger Herbstmesse

Lebhafte Besuch.

Leipzig. Der Besuch der Herbstmesse, die am Sonntag begonnen hat, ist ein ganz bedeutender und versteht vielfach die Erwartungen. Für die Heranstaltung der Interessen aus den Nachbarländern haben allein 24 nachmäßliche Sonderzüge georgt. Die Belebung der Messe entspricht durchschnittlich der vorjährigen Herbstmesse, weist aber auf der Möbelmesse, der Sportartikel- und der Säuhwarenmesse sogar eine Steigerung auf. Recht lebhaft war von vornherein der Besuch der Tagesschau, wo sich ganz besonders die unklidische Ausstellung als eine zügige Erweiterung erweist.

Gegen Mittag begann sich der Geschäftswerkehr besonders da zu entwickeln, wo zugrätzige Neuheiten das Interesse der Rundschau erweiten. Weniger stark erwies sich die Nachfrage nach Normalwaren.

Die Vorzeigen- und Glaswaren konzentriert sich das Interesse auf billige Gebrauchswaren. In preiswerter Qualitätsware liegt in allen Branchen ein ungeheuer reichhaltiges Angebot vor, und eine überraschende Menge guter Neuheiten beweist, daß sich die deutsche Industrie grundätzlich nach dieser Richtung umgestellt hat. Ob bei der geringen Kaufkraft der deutschen, aber auch der ausländischen Kundenschaft der Umsatz den Erwartungen entsprechen wird, können erst die nächsten Tage erweisen. Da die Kleinarbeit bei der Kundenwerbung immer entscheidender wird, vollzieht sich eine entscheidende Abkehr von der schematischen Reklame nach Methoden, die durch die stete Wiederholung an Zugkraft verlieren und eine Hinwendung zur Spezialwerbung. Die Sonderabteilung der Reklamemesse „Jeder kann werben“, die wertvolle Anleitungen vermittelt, erfreut sich deshalb eines sehr guten Besuchs.

Die Technische Messe hatte bei dem strahlenden schönen Sommerwetter einen außerordentlich guten Besuch, der zu den benachbarten SPA zugute kam. Das Bauprogramm des Reichs und vieler Gemeinden führt der Baumesse und den dem Bauwesen zuarbeitenden Industrien einen erfreulichen starken Besuch von Fachleuten und allen bautechnisch interessierten Besuchern zu.

Nach den vom Megazentrum vorgenommenen Zählungen beteiligen sich an der diesjährigen Herbstmesse 7653 Firmen. Davon entfallen 678 auf das Ausland, von dem Österreich 228 und die Tschechoslowakei 254 Firmen entfallen haben. An nächster Stelle kommen Frankreich mit 42, die Schweiz mit 27, Holland mit 26 und Ungarn mit 23 Ausstellern. Aus dem deutschen Gebiet steht Sachsen mit 1803 an der Spitze. Berlin entstehen 1106 Aussteller, Thüringen 612, die Rheinprovinz 432, Württemberg 347, Westfalen 238 und Schlesien 206. Die gesamte Ausstellungsfläche der allgemeinen Muster- und Technischen Messe umfaßt 144 541 Quadratmeter.

25. Leipziger Baumesse

Leipzig. Mit einer Feststellung wurde am Sonnabend nachmittag die Leipziger Baumesse aus Anlaß der diesjährigen Herbstmesse eröffnet. Die Baumesse findet nun bereits zum 25. Male statt, und man kann feststellen, daß sie aus ihren ersten Anfängen kurz nach dem Kriege eine Veranstaltung geworden ist, die möglicherweise Bedeutung für die deutsche Bauwirtschaft hat. In ihrem Aufbau und ihrer Einrichtung zeigt die jetzt eröffnete Baumesse die Reize der früheren würdig fort. In den beiden großen Hallen, die sie in den letzten Jahren zur Verfügung gestellt worden sind, werden Baustoffe, Bauartikel und Baumaschinen in großer Zahl gezeigt. Das Freigelände bietet eine Sonderausstellung mit Fahrzeugen und Geräten für Straßeneinrichtung, Müllbeseitigung und Kanalreinigung. Schließlich ist auch die Halle Stahlbau wieder einer der wesentlichen Anziehungspunkte der Leipziger Baumesse.

In der Feststellung begrüßte der Vorsitzende des Direktoriats des Leipziger Mehams, Dr. Kühler, die etwa 200 Gäste, unter ihnen Vertreter der Staatsregierung, der städtischen Kollegen, der Industrie- und Handelskammer, des Landtags, der Hochschulen, der am Bauwesen interessierten Organisationen, der Architektenfach, des Handwerks und der Bauunternehmer. Der Abriss der Geschichte der Leipziger Baumesse gab ihr Gründer und jetziger Aufsichtsratsvorsitzender Dr. Albert Müller. In Zukunft wird außer Baustoffen und Baumaschinen den bauausführenden Firmen in der im Entstehen begriffenen Baumessensiedlung auch deutsche Arbeit gezeigt, und so wird die Baumesse zu einem Weltmarkt der Bauwirtschaft. — Bemerkenswerte Ausführungen machte Dr. Kämper, der erste Direktor der Deutschen Bau- und Bodenbank U.-G., Berlin, in einer Rede, die er unter dem Titel „Betrachtungen über die Entwicklung der deutschen Bauwirtschaft“ stellte. Danach betrug der Wert baugewerblicher Produktion 1912 6,05 Milliarden RM, 1927 7,85, 1928 8,9 und 1929 ebenfalls 8,9 Milliarden RM. Das beweise, daß die Arbeitslosigkeit im Bauwesen fast genau mit der in den übrigen Gewerbezweigen parallel laufe. In Zukunft sollten vor allen Dingen dort öffentliche Aufträge geleistet werden, wo der Arbeitsmarkt noch nicht sehr überlastet ist.

Als letzter Redner wies der Direktor der Baumesse G. m. b. H., Regierungsbaudrat Stiegemann, darauf hin, daß sich in den letzten Jahren die Baumesse nicht nur als solche geradezu sprunghaft entwickelt, sondern sich auch zum Samelpunkt der deutschen Bauwirtschaft und der bauenden Kreise ausgebaut hat. Die Fachwelt habe die Möglichkeit, zu lebenswichtigen Fragen der Bauwirtschaft Stellung zu nehmen. Dies erkenne im Augenblick doppelt notwendig, wenn wir nicht Gefahr laufen wollen, daß in den nächsten Jahren durch den zu erwartenden Abbau des Wohnbauprogramms wieder katastrophale Stockungen eintreten.

Rede des Reichsministers Treviranus

Frankfurt a. M. 1. September.

In einer Kundgebung der Konseriativen Volkspartei Frankfurt a. M. sprach Reichsminister Treviranus. Zur allgemeinen Lage sagte der Minister, man sei sich im Kabinett darüber einig geworden, daß es für die dringendsten Aufgaben der nächsten Wochen und Monate eine Arbeitsgemeinschaft geben müsse. Es gebe keine Regierung, die es wagen werde, die erlassenen Notverordnungen wieder aufzuheben, und die jetzt begonnenen Reformen nicht bis zuletzt durchzuführen.

Zu der Auslegung seiner früheren Reden übergehend, logte der Minister, die Frontkämpfer seien frei von der Illusion, daß sie an einen Locarno-Geist glaubten. Sie seien auch frei von dem Geiste, daß sie Krieg führen wollten. Reichsminister Seizing habe in Bremen erklären müssen,

der Korridor sei ein Pfahl im Fleische Europas. Die Konservativen wollten dafür kämpfen, daß diese Welt in Ordnung komme. Die Wunde im Stein bleibe offen, ob man sie Narbe oder sonstwie nenne. Das sei das Schwerste, was zu lösen bleibe.

Öhnmachtsanfall des Außenministers

Dr. Curtius muß seine Wahlreise abbrechen.

Baden-Baden, 31. August.

Reichsausßenminister Dr. Curtius ist, während er in einer überfüllten Versammlung in Baden-Baden sprach, infolge von Überanstrengung in den letzten Tagen ohnmächtig geworden und konnte die Rede nicht zu Ende führen. Der Minister unterbrach seinen Aufenthalt in Baden und kehrte nach Berlin zurück.

Wie wir erfahren, ist die Unpälichkeit des Reichsausßenministers erstaunlicherweise leichter Natur. Sie ist im wesentlichen auf die ungewöhnlichen Anstrengungen seiner Wahlreise durch Baden, die am vergangenen Sonntag in Konstanz begann und in Heidelberg enden sollte, zurückzuführen. Dr. Curtius mußte in überfüllten Räumen bei einer infolge der großen Hitze herrschenden Temperatur von 35 bis 38 Grad sprechen.

Beseitigt den Bahnhofschutz!

Die bevorstehende Tagung des Völkerbundes wird sich auch wieder mit der Saarfrage beschäftigen haben.

Neben den üblichen Vierteljahrsberichten der Regierungskommission, die nur immer das enthalten, was den französischen Saarpolitischen Interessen dient, liegt dem Völkerbund auch ein Bericht der Saarregierung über den Saarbahnhof vor. In diesem Bericht wird der bereits bekannte Beschluß der Saarregierung mitgeteilt, den Saarbahnhof von 600 auf 250 Köpfen zu verringern. Die Saarregierung glaubt, mit diesem Beschuß der Tatsache Rechnung getragen zu haben, daß seit dem 1. Juli die Rheinlandbesetzung zurückgezogen ist. Sie bringt Beschuß und Auffassung dem Völkerbund mit dem Anhänger zur Kenntnis, von sich aus weitere Konsequenzen zu ziehen. Der Beschuß der Saarregierung in der Bahnhoffrage kennzeichnet den Geist, der in ihr nach wie vor obwaltet. Die Frage der fremden Besetzung an der Saar beherrscht die Saarfrage, solange sie praktisch besteht, das heißt solange die Saarregierung ihre Funktionen ausübt. Nach dem Saarstatut darf im Saargebiet „kein Militärdienst stattfinden, weder pflichtmäßiger noch freiwilliger“ (§ 30). Ungeachtet dieser eindeutigen Bestimmung hat bis zum Jahre 1927 eine französische Saarbesetzung bestanden, die vorübergehend bis 50 000 Mann umfaßte.

Die Regierungskommission unter dem beherrschenden Einfluß Frankreichs hat über sechs Jahre einen vertragswidrigen Zustand herbeigeführt, und der Völkerbund hat ihn bedenkenlos geduldet.

Erst mit dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund kam die Saarbesetzungsfrage in Gang in Fluss. Wie beherrschend der Einfluß Frankreichs im Völkerbund war — und noch ist —, erweist die Tatsache, daß trotz aller entgegenstehenden Vertragsbestimmungen der Völkerbundsrat sich nicht zu einer resoluten Zurückziehung der Besetzung zu entscheiden vermochte, sondern sich auf ein Kompromiß einglied, dem auch der deutsche Vertreter notgedrungen zustimmte, weil es sonst zu keiner Entscheidung gekommen und alles beim alten geblieben wäre.

Dieses Kompromiß ging von der Grundlage aus, daß die strategischen Verbindungslinien für die Rheinlandbefreiung durch das Saargebiet führen und deren Sicherheit gefährdet erschienen, wenn diese Bahnliniens nicht unter einem zuverlässigen Schutz ständen. Man stellte deshalb einen internationalen Bahnhofschutz auf, der aus Franzosen, Engländern und Belgieren bestehen und durch eine entsprechende Uniform sich als internationale Truppe von den Besatzungstruppen unterscheiden sollte.

In Wirklichkeit vollzog sich die Aufführung dieses „internationalen Bahnhofschuhes“ so, daß von dem bis dahin im Saargebiet garnisonierenden franz. Inf. Regiment Nr. 153 zwei Bataillone nach Forbach verlegte und das im Saargebiet verbleibende dritte Bataillon des gleichen Regiments durch 120 Mann Engländer und 80 Belgier „internationalisierte“.

Als die Engländer die Wiesbadener Zone räumten, wurde auch das englische Besatzungskontingent aus dem Saargebiet herausgezogen.

Dieser „internationale Bahnhofschutz“ hat also nie aufgehört, französische bzw. englische und belgische Besetzung zu sein; das Saar-Bataillon des franz. Inf. Regts. 153 stand unmittelbar dem Regimentskommandeur in Forbach, von wo es seine Befehle hinsichtlich Ausbildung u. a. von wo es auch seine Verpflegung erhielt und weiter erhält. Von einer bestehenden Uniform ist nie die Rede gewesen, selbst die vom Völkerbund verlangte Armbinde, die die Angehörigen dieser Truppe als „internationale Schutze“ charakterisieren sollte, ist niemals von der Saarbesetzung getragen worden.

Das ist die Geschichte und das Wesen des jungen Saarbahnhofschuhes, der, wie schon gesagt, in den Saarbestimmungen keine Stütze findet. Der damalige Völkerbundsbeschuß legte ausdrücklich fest, daß diese „Bahnhofstruppe“ — die niemals Gelegenheit fand, bestimmtgemäß sich zu betätigen — nur in Verbindung mit der Rheinlandbefreiung existenzberechtigt sei. Trotzdem wagt die Saarregierung dem Völkerbund vorschlagen, diese vertragswidrige Einrichtung — wenn auch vermindert — bestehen zu lassen.

Wir glauben daher unterrichtet zu sein, daß der deutsche Außenminister Dr. Curtius, der die deutsche Völkerbundesdelegation führen wird, mit aller Entschiedenheit die sofortige Auflösung des Saarbahnhofschuhes und die endliche Schaffung vertragsmäßiger Zustände im Völkerbundland an der Saar beantragen wird.

Man muß erwarten, daß der Völkerbund diesem Antrag zustimmt und die resolute Zurückziehung des Saarbahnhofschuhes anordnet.

Die Kosten der Reichstagswahl

Berlin, 31. August.

Die durch die Reichstagswahlen bei den Reichs-, Landes- und Gemeindebehörden entstehenden Kosten (baren Auslagen) werden in der Haupthand vom Reich getragen. Das Reich erstattet den Ländern die bei ihren Behörden entstandenen Kosten voll und vergütet den Gemeinden vier Fünftel ihrer Aufwendungen, während ein Fünftel von den Gemeinden selbst getragen wird.

Bei den Maiwahlen 1928 betrugen die Aufwendungen des Reiches 1 582 000 RM; davon wurden den Gemeinden erstattet 1 136 000 RM, die Kosten der Landesbehörden trugen 372 000 RM, die der Reichsbehörden 74 000 RM. Außerdem wurden 284 000 RM von den Gemeinden selbst getragen. Mindestens betrug die Gesamtausgabe der öffentlichen Hand 1 866 000 RM. Mit der Reichstagswahl 1928 waren in verschiedenen Ländern, z. B. Preußen, Bayern, Württemberg Landeswahlen oder Wahlen zu kommunalen Körperschaften verbunden. Hierdurch haben sich die Ausgaben des Reiches auf einen der Zahl der verbündeten Wahlen entsprechenden Bruchteil verringert.

Mit der Reichstagswahl im September 1930 werden nur die Landeswahlen in Braunschweig verbunden. Dementsprechend werden die Aufwendungen des Reiches für diese Wahl höher sein. Sie werden auf 2 350 000 RM. und die Gesamtaufwendungen der öffentlichen Hand auf 2 800 000 Reichsmark geschah.

Attentat auf das Reichsgericht?

Leipzig. Am Sonnabend vormittag wurde, wie das Polizeipräsidium mitteilt, am Reichsgericht, Eingang Wächterstraße, ein brauner Papptarot gefunden, in dem sich eine Weckeruhr, eine Eierhandgranate, verbunden mit einer Taschenlampenbatterie und einer Flasche, enthalten Stein-Schultmaßen, befanden. Die sofort verständigte Polizei brachte den Apparat in Sicherheit. Die Eierhandgranate war, wie die Untersuchung ergab, mit Pistolenfeuer gesetzt. An der Seite des Papptarots waren mit Bleistift Hammer und Sichel aufgezeichnet. Selbst wenn die Eierhandgranate zur Explosion gebracht worden wäre, was nach dem Fund zweifelhaft ist, würde nur eine unbedeutende Wirkung eingetreten sein. Die polizeilichen Ermittlungen sind sofort aufgenommen worden.

Den braunen Papptarot mit der „Hilfsmaschine“ fand der Hausmeister J. gegen 6.45 Uhr vormittags beim Aufräumen im rechten Eck an der großen eisernen Tür. J. wollte ihn zuerst in den Mühlener werfen, hob aber dann den Deckel auf und gewahrte alsbald an der inneren Einrichtung, besonders an den Drähten der Taschenlampe und dem mit diesem verbundenen Wecker, worum es sich handelte. Die weiteren Maßnahmen zur Entfernung dieses unheimlichen Fundes erfolgten dann durch den rasch verständigten Hausverwalter. Nach derzeit unkontrollierbaren Behauptungen soll der Wecker, der auf 8.10 Uhr stand, in Gang gewesen sein.

Parlamentsauflösung in Polen

Sejm und Senat nach Hause geschickt.

Warschau, 1. September.

Durch Verordnung des Staatspräsidenten Moskow wurde Sejm und Senat aufgelöst. In dem Schreiben heißt es: „Nach reiflicher Erwägung habe ich festgestellt, daß die wichtige Aufgabe für die Arbeit sämlicher Bürger die Verbesserung der grundlegenden Rechte ist, durch die der Staat regiert wird, da dieselben die Grundlage sämlicher im Staat bestehenden Gesetze bilden. Die Verbesserung ist notwendig, da sich das gegenwärtig herrschende Chaos bisher leider nicht beseitigen ließ.“

Nachdem ich zu der Überzeugung gelangt bin, daß ich dies trock meiner Bemühungen durch den gegenwärtigen Sejm nicht erreichen kann, habe ich beschlossen, auf Grund des Artikels 28 der Verfassung laut Beschuß des Ministerrates Sejm und Senat mit dem 30. August aufzulösen, und bestimme als Wahltermin den 16. November für den Sejm und den 23. November 1930 für den Senat.

Der von drei polnischen Offizieren und einem Unteroffizier verübte Überfall auf den Biografen am 1. Domstift wird von den Regierungsbürokraten „Gazeta Polska“ und „Kurier Warszawski“ ihren Lesern verschwiegen. Der sozialistische „Robotnik“ erblieb in dem Überfall die Vermischung der Hinweise im letzten Interview des Marschalls Piłsudski. Der „Robotnik“ zierte hierfür folgende Worte des Marschalls: „Meiner Meinung nach muß man den Herrn Abgeordneten vor die Tür setzen. Wenn man ihm hierbei noch einiges zulegt, so wird es auch nichts schaden.“ Die christlich-demokratische „Gazeta Polska“ stellt fest, daß das politische Bandenkumtum in Polen neuerdings zunimmt. Wenn das Ausland die Nachrichten über den Überfall auf Domstift liest, werde es Polen automatisch in eine gleiche Reihe mit den am wenigsten kultivierten, von einer wilden Moral sich leiten lassen südamerikanischen Republiken stellen.

Deutsche Kündigung in Warschau

Warschau, 1. September.

Gestern mittag stand auf dem Theaterplatz die angekündigte Volkskundgebung gegen die Reden des Reichsministers Trebitsch und gegen deutsche Revisionsbestrebungen im Osten statt. Es halten sich auf dem geräumigen Platz etwa 15 000 Personen eingefunden. Der Direktor der halbstädtischen Landwirtschaftsbank, General Gorodzki, hielt eine gegen die deutschen Ansprüche auf polnisches Gebiet gerichtete Rede, wobei er u. a. auch die gegen die Polen gerichtete Aktion der Ukrainer mit deutschem Geld in Verbindung brachte. Hierauf wurden entsprechende Entschließungen angenommen. Mehrere hundert Demonstranten, zum Teil halbwüchsige Burschen, wollten dann noch vor der deutschen Gesellschaft eine Kundgebung veranstalten. Die Straße, in der sich das Gesellschaftsgebäude befindet, war inzwischen auf beiden Seiten von starken Polizeiaufstellungen, die eigens zu diesem Zweck mit Stahlhelmen ausgerüstet waren, abgesperrt worden. Die Menge versuchte wiederholt, den Polizeiweg zu durchbrechen; die Schuhmannschaft konnte jedoch die Absperrung aufrechterhalten.

Schweres Autounfall bei Idar

Idar, 1. September.

Ein mit 40 Stahlhelmleuten besetztes Lastauto schlug Sonnabendabend auf der Straße nach Idar um und begrub